

Ersteinschätzung: **REGIERUNGSPROGRAMM 2020-2024**

In einer ersten Analyse zeigt sich, dass **trotz des Umfangs** des Programms **viele, vor allem kritische Punkte nur sehr oberflächlich** behandelt werden, das gilt insbesondere für die angekündigte ökosoziale Steuerreform.

Das Programm beinhaltet **Verbesserungen im Vergleich zum Programm der letzten Regierung, in einigen Bereichen kommt es allerdings zur Fortschreibung von türkis-blauen Projekten.**

Insgesamt zeigt sich, dass in **Verteilungsfragen** die **Unternehmensseite deutlich besser** aussteigen als die ArbeitnehmerInnen. Die **Finanzierung** der einzelnen Maßnahmen bleibt auf den ersten Blick **völlig offen.**

Die folgenden Ausführungen entsprechen einer **Ersteinschätzung**. Eine **detaillierte Analyse durch die ÖGB-ExpertInnen folgt.**

1) Staat, Transparenz & Gesellschaft

Die im Kapitel "Staat, Transparenz & Gesellschaft" angeführten Punkte sind **sehr oberflächlich** gehalten. **Dennoch erkennt der ÖGB darin im Vergleich zum Regierungsprogramm der türkis-blauen Vorgängerregierung einige Verbesserungen für die österreichische Bevölkerung.**

Von besonderer Wichtigkeit ist das im Programm der neuen Regierung enthaltene grundsätzliche Bekenntnis zum **Kumulationsprinzip**. Damit bleibt dieses **wichtige Werkzeug im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping weiterhin bestehen.**

Kritisch betrachtet wird allerdings die Formulierung betreffend die Prüfung einer **Wahlrechtsreform der Kammern**. Der ÖGB geht davon aus, dass das **Wahlrecht zur Arbeiterkammer-Wahl bereits jetzt ausreichend serviceorientiert und transparent** ist.

Sollte tatsächlich geplant sein, dass die medizinische Versorgung von Strafgefangenen durch die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) übernommen wird, so ist dies klar abzulehnen. Dies würde eine Verschiebung der Kosten vom Strafvollzug zu den ArbeitnehmerInnen bedeuten.

Der ÖGB erlaubt sich, an dieser Stelle auf einen redaktionellen Fehler hinzuweisen: Im Abschnitt über den Medienstandort Österreich ist von einem "unabhängig finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk" die Rede – es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die türkis-grüne Regierung zu einem in jeder Hinsicht unabhängigen ORF bekennt.

2) Wirtschaft & Finanzen

Klima- und Zukunftsinvestitionen werden zukünftig vom bestehenden Schuldenziel ausgenommen. Die ÖVP verabschiedet sich damit vom bisherigen Verständnis, Schulden vom Konjunktur-Zyklus unabhängig zu betrachten. Eine **wichtige Forderung der Gewerkschaftsbewegung** wird damit erfüllt und wichtige Investitionen für die Zukunft werden ermöglicht. Nichtsdestotrotz ergibt sich im Zusammenhang mit dem Ziel der Senkung der Abgabenquote **eine Fortsetzung des neoliberalen Programms, das darauf abzielt, den Staat zurückzudrängen.**

Das zeigt sich auch bei der geplanten **Steuerreform**. Die bisher bekannten Vorhaben **entsprechen den Plänen der Vorgängerregierung, die bereits damals kritisiert** wurden. ArbeitnehmerInnen zahlen aktuell 80 Prozent der Steuern. Sie werden durch die Vorhaben der Regierung aber nicht im gleichen Ausmaß entlastet. Stattdessen werden **Konzernen weiterhin Steuergeschenke gemacht**. Nicht bewertet werden können bisher die Maßnahmen der angekündigten **"ökosozialen Steuerreform", die noch sehr vage formuliert** sind und in eine Arbeitsgruppe verschoben wurden.

Abgelehnt werden außerdem **Verschlechterungen unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung**. Konkret besteht diese Gefahr beispielsweise bei den angeführten Vorhaben einer vereinfachten Lohnverrechnung, dem sogenannten "Once-Only-Prinzip" oder bei Änderungen in Bezug auf den ArbeitnehmerInnen-schutz.

3) Klimaschutz, Umwelt, Infrastruktur & Landwirtschaft

Die im Kapitel "Klimaschutz, Umwelt, Infrastruktur & Landwirtschaft" enthaltenen Vorhaben betrachtet der ÖGB als **Schritte in die richtige Richtung**. Dass man offenbar plant, abseits der Maastricht-Kriterien umfassend zu investieren, ist erfreulich, wenngleich unklar bleibt, wie viel investiert werden soll.

Der ÖGB begrüßt weiters, dass das **Beschaffungswesen sozial und ökologisch ausgerichtet** wird und dass **für den öffentlichen Verkehr zusätzlich zwei Milliarden Euro** zur Verfügung gestellt werden sollen.

Allerdings wird in diesem Zusammenhang nicht geklärt, wie mit den Beschäftigten in den betroffenen Branchen umgegangen wird. Für den ÖGB steht fest, dass

Klimaschutzmaßnahmen immer auch aus einer sozialen Perspektive bewertet werden müssen.

Genauso fehlt im Zusammenhang mit dem Tourismus jegliche Maßnahme zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dabei kann dem **hausgemachten Arbeitskräftemangel im Tourismus** nur mit **besseren Arbeitsbedingungen, höherer Entlohnung und mehr Ausbildungsplätzen** begegnet werden. Die Verschlechterung der sozialen Absicherung in Form einer Lohnnebenkostensenkung ist jedenfalls klar abzulehnen.

4) Europa, Integration, Migration, Sicherheit

Die neue Regierung plant Änderungen im Bereich der **Rot-Weiß-Rot-Karte** (RWR-Karte), wie beispielsweise die **Senkung der Gehaltsgrenzen**. Aus Sicht des ÖGB führt das zum gegenseitigen Ausspielen von Beschäftigten und ist **klar abzulehnen**.

5) Soziale Sicherheit, neue Gerechtigkeit & Armutsbekämpfung

Armutsbekämpfung

Das Regierungsprogramm von ÖVP und Grünen unterscheidet sich im Bereich Armutsbekämpfung grundsätzlich von seinem türkis-blauen Vorgänger. Es enthält ein **klares Bekenntnis zur Armutsbekämpfung** und konkrete, **messbare Ziele**, wie die Halbierung des Anteils armutsgefährdeter Menschen in der Bevölkerung. Die **Argumentation folgt in wesentlichen Punkten jener der Gewerkschaftsbewegung**, so wird **Arbeit beispielsweise als wesentlicher Faktor zur Bekämpfung von Armut** gesehen.

Auffällig ist, dass sich das grundsätzliche **Bekenntnis stark von den tatsächlichen Umsetzungsvorhaben unterscheidet**. Diese sind sehr oberflächlich und erscheinen **nicht ausreichend, um die gesetzten Ziele zu erreichen**. Andere wichtige Vorhaben zur Armutsbekämpfung werden allerdings vergessen. **Zum Beispiel fehlt der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote** inkl. Rechtsanspruch für jedes Kind, aber auch viele andere Bereiche.

Beim **Kindermehrbetrag** kommt es zu einer Verbesserung durch die Erhöhung des Auszahlungsbetrages von 250 auf 350 Euro und die Ausweitung der Bezugsberechtigten. Die ÖGB-Kritik am Familienbonus, dass **Gut-VerdienerInnen weiterhin mehr bekommen, bleibt allerdings bestehen**. Diese **Ungleichbehandlung, der zufolge nicht jedes Kind gleich viel wert ist**, wird durch das Hinaufsetzen des Familienbonus von 1.500 auf 1.750 Euro **sogar noch verschärft**.

Unter Armutsbekämpfung sind auch einzelne Maßnahmen bei den Schulen angeführt. Der **Aufstockung des Unterstützungspersonals** sowie dem geplanten

Chancen- und Entwicklungsindex stehen wir positiv gegenüber. Kritisch sehen wir den geplanten Fonds für Schulveranstaltung, sollten Unternehmen damit leichteren Zugang zu Schulen und zu Werbung in Schulen bekommen. Geplant sind außerdem mehr Ferienangebote. Aus Gewerkschaftssicht ist das positiv, die **leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche fehlt allerdings im Programm.**

Pflege

Obwohl die zukünftigen Regierungsparteien im Thema Pflege einen „gesamtsellschaftlichen Auftrag“ sehen, liegt der **Fokus des Pflegekapitels auf der Pflege durch Angehörige.** Es ist unklar, ob eine grundlegende Reform der Pflege oder eine Weiterentwicklung des bestehenden Systems angestrebt wird.

Wichtige Themen, wie der Ausbau von **stationären Angeboten** oder die **Weiterentwicklung ambulanter Leistungen, werden ausgespart** oder nur am Rande behandelt. Themen, wie die **Erhöhung der Mittel, messbare Ziele und ein bundeseinheitlicher Personalschlüssel werden nicht erwähnt.**

Das **Bekenntnis zur Verbesserung von Vereinbarkeit von Pflege und Beruf** wird vom ÖGB grundsätzlich begrüßt. Gleichzeitig ist allerdings anzumerken, dass **Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung alleine nicht reichen werden,** um eine derart zentrale Zukunftsfrage, zu bewältigen. So greift beispielsweise die Forcierung von Pflege zu Hause zu kurz, wenn gleichzeitig nicht massiv in professionelle Angebote investiert wird. In diesem Zusammenhang wird der sogenannte **„Pflege-Daheim-Bonus“** vom ÖGB ganz klar **abgelehnt**, da damit vor allem ein Anreiz für Frauen gesetzt wird, ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben, um Angehörige zu pflegen.

Es ist ein **kleiner Schritt in die richtige Richtung**, dass pflegende Angehörige **einen Tag im Monat kostenfrei durch professionelle Pflegekraft abgelöst** werden können. Um die Angehörigen wirksam zu entlasten, braucht es jedoch mehr als einen Tag im Monat.

Was die **Finanzierung** betrifft, ist das Regierungsprogramm in einigen Punkten **unklar**, so etwa bei der Weiterentwicklung des Pflegegeldes, in der konkreten Ausgestaltung des Ausbildungs-Fonds oder wenn es um die Ziele für die an sich begrüßenswerte „Pflege-Zielsteuerungskommission“ geht.

Eine **Pflegeversicherung wird vom ÖGB** jedenfalls genauso **abgelehnt** wie die vorgeschlagene **Pflegelehre** und die Aufnahme aller **Pflegeberufe in die Mangelberufsliste.**

Pensionen

Im Regierungsprogramm findet sich das sogenannte **Pensionssplitting**, also die Teilung der erworbenen Pensionsansprüche in einer Partnerschaft. Damit hängt die **finanzielle Absicherung von der Einkommenshöhe der/des**

PartnerIn ab. Der ÖGB sieht das sehr kritisch. Es besteht damit die **Gefahr, dass vor allem Frauen die Erwerbstätigkeit reduzieren, weil sie sich finanziell im Alter von ihren Partnern abgesichert fühlen.** Ein einseitiger Ausstieg gefährdet die Absicherung und kann zu Streitigkeiten innerhalb der Familie führen.

Arbeit

An der "Schnittstelle Arbeitsmarkt / Digitalisierung / Klimaschutz / Zukunftsherausforderungen" übernimmt die neue Regierung **einige ÖGB-Forderungen**, wie die konkreten **alternsgerechten Beschäftigungsangebote** für Menschen über 50. Wichtige Punkte auf **innerbetrieblicher Ebene werden allerdings ausgespart** (z.B. die Rolle von Betriebsräten).

Allgemein kommt es zu wichtigen Änderungen und Entscheidungen, die von der Gewerkschaftsbewegung intensiv eingefordert wurden. So wird die **Lehre aufgewertet**, die **Notstandshilfe bleibt in der aktuellen Form erhalten** und die **Mittel für Sozioökonomische Betriebe werden weiter sichergestellt.**

Kritisch sieht der ÖGB **die geplante Aufweichung der Entgeltfortzahlung sowie die angedeuteten Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld.**

Arbeitsrecht

Wenige Verbesserungen finden sich im Programm beim Thema Arbeitsrecht. Stattdessen werden **zahlreiche Verschlechterungen der früheren türkis-blauen Regierung beibehalten – wie der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche.**

Vorhaben wie das **Zeitwertkonto sieht der ÖGB kritisch.** Die **Änderungen bei der Entgeltfortzahlung lehnt der ÖGB ab.** Hier kommt es zu einer Verschiebung der Finanzierungslast der ArbeitnehmerInnen.

Vom ÖGB begrüßt werden hingegen **Verbesserungen bei Kollektivverträgen**, die lange nicht mehr angehoben wurden, sowie der **Lückenschluss** im kollektivvertragsfreien Bereich und die geplante **Modernisierung der Berufskrankheitenliste.**

Vorsicht ist geboten, wenn im Programm von **Entbürokratisierung** die Rede ist. Der ÖGB lehnt es ganz klar ab, wenn es unter dem Deckmantel der „Entbürokratisierungsmaßnahmen“ zu **Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen** kommt. Die "Entbürokratisierung" wurde bereits mit dem ArbeitnehmerInnen-schutz-Deregulierungsgesetz 2017 abgeschlossen.

Gesundheit

Zunächst stellt der ÖGB fest, dass sich viele der im Kapitel "Gesundheit" enthaltenen **Forderungen an die Länder richten** und daher für den Bundesgesetzgeber nicht umsetzbar sind. Darüber hinaus ist die **Finanzierung der Maßnahmen fraglich.**

Positiv zu bewerten ist jedenfalls, dass die türkis-grüne Regierung offenbar **keine weiteren Selbstbehalte** im ASVG anstrebt. Ebenfalls begrüßt der ÖGB den stufenweisen Ausbau der Sachleistungsversorgung, insbesondere im Bereich der psychischen Gesundheit.

Die Ausweitung der Tätigkeitsfelder der PflegefachassistentInnen ohne adäquate Ausbildung und Entlohnung lehnt der ÖGB hingegen ab. Negativ fällt außerdem auf, dass im Regierungsprogramm **kein Bekenntnis zur Leistungs-harmonisierung** in allen Krankenversicherungsträgern zu finden ist. Auch die **Reparatur der Sozialversicherungsreform**, insbesondere bei der Parität in der Selbstverwaltung, **fehlt im türkis-grünen Programm**, genauso wie Zielsetzungen im Sinne der PatientInnen und ArbeitnehmerInnen (z.B. die Reduktion von Wartezeiten und die Abschaffung der Mehr-Klassen-Medizin).

Frauen

Die **Aufstockung des Frauenbudgets** wird vom ÖGB begrüßt. Positiv ist ebenfalls, dass die MitarbeiterInnen im Zusammenhang mit **Einkommensberichten** verstärkt informiert werden sollen, wenngleich die in diesem Zusammenhang angeführten **Zielsetzungen wenig ambitioniert** sind. Nach **verpflichtenden Maßnahmen** für Arbeitgeber zur Schließung des Gender Pay Gaps, die auch **sanktioniert** werden können, **sucht man im Regierungsprogramm vergeblich**.

Insgesamt enthält das Programm **keine konkreten Maßnahmen zur Reduktion des Gender-Pay-Gaps** oder wirkungsvolle Schritte zur **Reduktion der Teilzeit-beschäftigung**. Die geplante **Zeitverwendungsstudie** sowie die Maßnahmen zur Frauenmedizin werden vom ÖGB als positiv bewertet.

Menschen mit Behinderung

Ausdrücklich zu begrüßen, ist die im Regierungsprogramm vorgesehene Maßnahme **„Lohn statt Taschengeld“**, durch die Menschen mit Behinderung, die in Einrichtungen wie Tageswerkstätten arbeiten, **in Zukunft ordentlich bezahlt** werden und damit umfassend sozial abgesichert sein sollen. Ebenso begrüßt der ÖGB die Erarbeitung **bundeseinheitlicher Rahmenbedingungen** für die persönliche Assistenz von Menschen mit Behinderungen.

Familie & Jugend

Die geplante Senkung des Wahlalters bei Betriebsratswahlen auf 16 Jahre ist für den ÖGB grundsätzlich ein legitimes Vorhaben, wobei selbstverständlich davon ausgegangen wird, dass dies die **Mitbestimmung der Jugendlichen im Jugend-vertrauensrat** nicht ersetzen kann und wird.

Dass der **FLAF-Beitrag** nicht gesenkt werden soll, wird vom ÖGB genauso wie die Vorhaben zur **Unterhaltssicherung** positiv bewertet.

6) Bildung, Wissenschaft, Forschung & Digitalisierung

Im Bereich der **Bildung hätte sich der ÖGB mehr Mut gewünscht**. Eine **große Bildungsreform**, mit der das System komplett überarbeitet wird, **wird es mit Türkis-Grün offenbar nicht geben**.

Der Bereich der **Erwachsenenbildung** bearbeitet die neue Regierung **nur am Rande** und beschäftigt sich nur mit den Trägern der Erwachsenenbildung. Menschen, die diese Maßnahmen in Anspruch nehmen sollen, werden in den Überlegungen ausgespart.